Kirchliches Arbeitsgericht

für die Diözesen Limburg, Mainz, Speyer und Trier
in Mainz

Verkündet laut Protokoll am 26.03.2019

Aktenzeichen: KAG Mainz M 29/18 Sp

URTEIL

In der Rechtsstreitigkeit mit den Beteiligten

1. MAV Caritasförderzentrum

-Klägerin-

2. Caritas-Betriebsträgergesellschaft mbH

-Beklagte-

hat das Kirchliche Arbeitsgericht in Mainz auf die mündliche Verhandlung vom 26.03.2019 durch den Richter S. als Vorsitzenden und die beisitzenden Sch. und VdB. für Recht erkannt:

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Beklagte wird verurteilt, der MAV die Auslagen im vorliegenden Verfahren zu erstatten.
3. Die Revision gegen dieses Urteil wird nicht zugelassen.

Tatbestand

Die Parteien streiten über das Bestehen eines Mitbestimmungsrechts der klagenden MAV nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 bzw. Nr. 4 MAVO für das Bistum Speyer im Zusammenhang mit der Übertragung einer Tätigkeit an die Mitarbeiterin R. als Erzieherin in der Tagesförderstätte der Beklagten.

Die Mitarbeiterin R. ist bei der Beklagten bzw. deren Rechtsvorgängerin seit dem 07.08.1995 aufgrund eines schriftlichen Arbeitsvertrags als Erzieherin unter Einreihung in die damalige Vergütungsgruppe 5 c der Anlage 2 d zu den AVR beschäftigt. Der Einstellung und der Eingruppierung hatte die damalige MAV zugestimmt gehabt. Frau R. wechselte zum 01.03.1996 einvernehmlich in den Schulbereich der Dienstgeberin und war seitdem als pädagogische Fachkraft im Förderschwerpunkt „Motorische Entwicklung“ in L., einer Einrichtung für Jugendliche/Erwachsene, eingesetzt. Im Zusammenhang mit dem Überwechseln wurde Frau R. in keine andere Vergütungsordnung eingeordnet, sondern erhielt nach wie vor ihre bisherige Vergütung als Erzieherin weiter bezahlt.

Nachdem das Arbeitsverhältnis im Wege des Betriebsübergangs auf die Beklagte übergegangen war, hat diese Frau R. mit Schreiben vom 22.01.2018 mitgeteilt, dass sie nach § 1 der Anlage 21 der AVR im Rahmen einer korrigierenden Rückgruppierung zu vergütet sei, da auf Lehrkräfte die Anlage 21 und nicht die Anlage 2 der AVR anwendbar sei. Ab Januar 2018 zahlte die Beklagte an Frau R. nur noch die reduzierte Vergütung aus der Anlage 21. Hiergegen hat die Mitarbeiterin Zahlungsklage zum Arbeitsgericht Ludwigshafen, Auswärtige Kammer Landau, erhoben. Im Verfahren 6 Ca 249/18 hat das Arbeitsgericht mit Urteil vom 25.09.2018 (Blatt 99 bis 106 der vorliegenden Gerichtsakte) der Klage stattgegeben. Nach Auffassung des Arbeitsgerichts sei die Beklagte zur bisherigen Vergütungszahlung verpflichtet, da das Arbeitsverhältnis der Mitarbeiterin nie wirksam schriftlich abgeändert worden sei. Damit sei die

Mitarbeiterin nach wie vor aufgrund der bestehenden Vertragssituation als Erzieherin bei der Beklagten beschäftigt. Diese müsse ihr daher die vertragsgemäße Vergütung bezahlen, die Dienstgeberin könne auf der anderen Seite auch von ihrem Direktionsrecht Gebrauch machen und die Mitarbeiterin wieder auf ihrer arbeitsvertraglichen Position als Erzieherin einsetzen. Dieses Urteil hat Rechtskraft erlangt. Als die Beklagte in der Folgezeit Frau R. als Erzieherin im Kindergarten einsetzen wollte, hat diese sich gegen einen solchen Einsatz im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes vor dem Arbeitsgericht Ludwigshafen, Auswärtige Kammer Landau, zur Wehr gesetzt. Im Verfahren 5 Ga 9/18 haben die dortigen Beteiligten im Termin vom 06.12.2018 einen Vergleich abgeschlossen im Wesentlichen mit folgendem Inhalt:

„Vergleich:

1. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die für den 19.11.2018 angeordnete Zuweisung der Klägerin als pädagogische Fachkraft in den Bereich der Tagesförderstätte bis zum 31.01.2019 ausgesetzt wird.
2. Die Klägerin wird – soweit sie bis dahin ihre Arbeitsfähigkeit wiedererlangt hat – ab dem 01.02.2019 im Bereich der Tagesförderstätte entsprechend des Schreibens vom 19.10.2018 eingesetzt.

...“

Im Anschluss daran hat zwischen den Parteien des vorliegenden Verfahrens ein Schriftverkehr stattgefunden, in dem die MAV geltend gemacht hat, es stehe ihr im Zusammenhang mit der Übertragung der Tätigkeit von Frau R. als Erzieherin ein Mitbestimmungsrecht nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 1 MAVO zu, was die Beklagte geleugnet hat.

Im vorliegenden Verfahren hat die MAV – gestützt auf die von ihr reklamierten Mitbestimmungsrechte – Unterlassung und Feststellung begehrt, weil sich die Tätigkeit von Frau R. grundlegend gewandelt habe. Diese sei seit 1996 als pädagogische Fachkraft im Förderschwerpunkt „Motorische Entwicklung“ eingesetzt gewesen. Hierbei seien Erwachsene für die Aufnahme einer Tätigkeit in einer Werkstatt für Behinderte vorbereitet worden. Als Erzieherin sei von ihr nach der Anlage 2 eine völlig andere eingruppierungsmäßig höherwertigere Tätigkeit gefordert.

Die Klägerin beantragt,

1. die Beklagte zu verurteilen, die Übertragung der Tätigkeit einer Erzieherin in der Tagesförderstätte der Beklagten gegenüber der Mitarbeiterin Frau R. zu unterlassen, solange nicht die Zustimmung der Mitarbeitervertretung nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 MAVO beantragt und die Zustimmung erteilt oder durch kirchenarbeitsgerichtliches Urteil ersetzt worden ist.
2. die Beklagte zu verurteilen, hinsichtlich der beabsichtigten Übertragung der Tätigkeit als Erzieherin in der Tagesheimstätte der Beklagten für die Mitarbeiterin Frau R. das Beteiligungsverfahren nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 MAVO, § 35 Abs. 1 Nr. 4 MAVO durchzuführen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen und erhebt hilfsweise Widerklage mit dem Antrag, die von der MAV (Klägerin und Widerbeklagte) verweigerte Zustimmung zur Beschäftigung von Frau R. als Pädagogische Fachkraft im Bereich der Tagesförderstätte des CFZ St. Laurentius und Paulus in L. mit einem Tätigkeitsumfang von 75 % zu ersetzen.

Nach Auffassung der Beklagten bestehe kein Mitbestimmungsrecht der Klägerin im vorliegenden Verfahren. Der Mitarbeiterin R. werde von ihr als Dienstgeberin gerade keine neue vertragliche Tätigkeit übertragen, son-

dern diese werde entsprechend dem Urteil des Arbeitsgerichts und dem vor dem Arbeitsgericht abgeschlossenen weiteren Vergleich nach ihrer vertraglichen Tätigkeit als Erzieherin eingesetzt. Die Pflicht zur Zahlung der vertragsgemäßen Vergütung bewirke gerade keine Änderung der Eingruppierung, sondern die bisherige Eingruppierung wird in diesem Fall beibehalten, weil diese nach dem Urteil des Arbeitsgerichts an die Mitarbeiterin nach wie vor zu zahlen sei.

Sollte das Gericht allerdings der Auffassung sein, dass die vertragsgemäße Beschäftigung trotzdem mitbestimmungspflichtig sei, so erhebe sie hilfsweise Widerklage, weil dann die versagte Zustimmung zur Umgruppierung der Mitarbeiterin – ein entsprechendes Verfahren war zwischen den Parteien von der Beklagten vorsorglich in der Zwischenzeit eingeleitet gewesen – zu ersetzen sei.

Die Klägerin beantragt,

die Hilfswiderklage abzuweisen,

weil das Anhörungsschreiben zur Umsetzung der Mitarbeiterin seitens der Beklagten von der Leiterin der Personalabteilung B. unterschrieben sei und nicht von der Dienstgeberin. Im Übrigen erstrecke sich die Rechtskraft des arbeitsgerichtlichen Urteils nicht auf sie, die MAV. Sie könne daher nach wie vor die korrekte Vergütung der Mitarbeiterin fordern.

Zur näheren Darstellung des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der von den Parteien zur Gerichtsakte gereichten Schriftsätze nebst Anlagen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung vor dem Kirchlichen Arbeitsgericht waren, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die Klage ist zulässig aber unbegründet.

1. Im Streitfalle geht es um eine Rechtsstreitigkeit aus der Ordnung der Mitarbeitervertretung im Bistum Speyer i. S. v. § 35 Abs. 1 i. V. m. § 33 MAVO Speyer (im Folgenden: MAVO), für die das kirchliche Arbeitsgericht zuständig ist.
2. In der Sache ist die Klage unbegründet.

Es mag vorliegend dahin gestellt bleiben, ob die Klägerin die nach ihrer Auffassung verweigerte Zustimmung der Beklagten zur Übertragung von Tätigkeiten als Erzieherin im Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung noch im Wege eines Unterlassungsanspruchs geltend machen kann. Zwar besteht generell ein Unterlassungsanspruch der MAV, der die Sicherung ihrer Mitbestimmungsrechte gewährleisten soll. Im Streitfalle besteht allerdings die Besonderheit, dass die Maßnahme bereits seit dem 01.02.2019 umgesetzt worden ist, sodass sich die Frage einer auf die Zukunft gerichteten Unterlassung im maßgeblichen Zeitpunkt des Endes der mündlichen Verhandlung nicht mehr stellt.

Die Beklagte ist jedenfalls nicht verpflichtet, das entsprechende Beteiligungsverfahren nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 MAVO durchzuführen, weil solche Mitbestimmungsrechte der Klägerin vorliegend nicht bestehen.

Unstreitig ist, dass die Mitarbeiterin R. ab dem 01.02.2019 nicht mehr als pädagogische Fachkraft in der Förderschule der Beklagten in L. eingesetzt wird, sondern entsprechend ihrem ursprünglichen Arbeitsvertrag als Erzieherin in der Tagesförderstätte innerhalb der gleichen

Einrichtung. Eine Abordnung oder eine Versetzung in eine „andere“ Einrichtung i. S. v. § 35 Abs. 1 Nr. 5 MAVO scheidet daher aus.

Die Beklagte hat in diesem Zusammenhang keine neue Eingruppierungsentscheidung i.S.v. § 35 Abs. 1 Nrn. 1 und 4 MAVO vorzunehmen, weil sie lediglich der rechtskräftigen Entscheidung des Arbeitsgerichts Ludwigshafen und dem zwischen der Mitarbeiterin und der Dienststelle abgeschlossenen Vergleich vor diesem Arbeitsgericht Folge geleistet hat/Folge leisten musste, indem sie die Mitarbeiterin wieder in ihrer arbeitsvertragsgemäßen Beschäftigung als Erzieherin eingesetzt hat. Damit hat die Beklagte gerade keine originäre eigenständige neue Eingruppierungsentscheidung zu treffen gehabt, sondern sie hat die Mitarbeiterin wieder – so die Auffassung des Arbeitsgerichts Ludwigshafen – vertragsgemäß als Erzieherin eingesetzt und sie aus dem schulischen Bereich wieder in die Tagesförderstätte zurückgeführt. Nach Auffassung des Arbeitsgerichts, der die Dienstgeberin Folge leisten musste, war daher von ihr nur der bestehende vertragsgemäße Zustand wieder herzustellen und gerade keine neue Übertragung einer höher- oder niedriger zu bewertenden Tätigkeit vorzunehmen.

Der Zweck der Mitbestimmungsrechte aus § 35 Abs. 1 Nrn. 1 und Nr. 4 MAVO besteht in der Durchführung einer Rechtskontrolle der Dienstgeberin durch die MAV bei der erstmaligen bzw. späteren Änderung der Eingruppierungsentscheidung. Stets ist somit bei diesen Mitbestimmungstatbeständen eine erstmalige bzw. neue rechtliche Eingruppierungsentscheidung des Dienstgebers erforderlich, die von der MAV auf ihre inhaltliche Richtigkeit mit zu überprüfen ist. Daran fehlt es vorliegend. Die Rückführung der Mitarbeiterin auf ihren der vertragsgemäßen Situation entsprechenden Arbeitsplatz ist gerade keine Übertragung einer höher- oder niedriger zu bewertenden Tätigkeit i. S. v. § 35 Abs. 1 Nr. 4 MAVO, sondern die Beklagte ist damit ihrer aus dem Urteil sich ergebenden Verpflichtung eines vertragsgemäßen Einsatzes

und einer vertragsgemäßen Beschäftigung der Mitarbeiterin nachgekommen. Den für die Beklagte verbindlichen bestehenden Rechtszustand hat diese lediglich realisiert und ihm Geltung verschafft. Dabei war auch keine neue Eingruppierungsentscheidung von ihr zu treffen gewesen; genau das Gegenteil war der Fall, sie hat und musste sich den arbeitsgerichtlichen Entscheidungen schlicht beugen.

Was die Klägerin im vorliegenden Verfahren letztlich in der Sache begehrt, ist die Vornahme einer neuen den Arbeitsvertrag vom 07.08.1995 negierenden (damals mitbestimmten) Eingruppierungsentscheidung durch die Dienstgeberin. Darauf hat die MAV keinen Anspruch.

Erweist sich das Klagebegehren der MAV als unbegründet, kam die Hilfswiderklage der Beklagten prozessual nicht zum Tragen, weil eine versagte Zustimmung zu einem nicht bestehenden Mitbestimmungsrecht nicht durch gerichtliche Entscheidung zu ersetzen war.

Die Entscheidung über die Kostentragung beruht auf § 12 Abs. 1 Satz 2 KAGO in Verbindung mit § 17 Abs. 1 4. Spiegelstrich MAVO.

Die Revision konnte angesichts der gesetzlichen Kriterien von § 47 Abs. 2 KAGO wegen der Beurteilung eines Einzelfalls nicht zugelassen werden.

Ein Rechtsmittel ist gegen diese Entscheidung nicht gegeben.

Auf die Möglichkeit der Einlegung einer Nichtzulassungsbeschwerde nach Maßgabe von § 48 KAGO wird hingewiesen.

Gez. S.

Gez.Sch.

Gez. VdB.